

# Königlich privilegierte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint  
täglich,  
Vormittags 11 Uhr,  
mit Ausnahme der Sonn-  
und Festtage.



Pränumerations-Preis  
pro Quartal  
1 Thlr. Preuss. Cour.

Expedition:  
Krautmarkt N. 1053.

Zur Verlage von Herrn. Gottfr. Essenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. S. C. Essenbart.

No. 221. Dienstag, den 31. Oktober 1848.

## Deutschland.

Stettin, 30. Oktober. Die Deutsche Zeitung hat, wie bekannt, vor einiger Zeit die Redaktion gewechselt, aber, wie es scheint, nicht zu ihrem Vortheile. Kießelbach ist kein Servinus. Letzterer trat ab, weil er einsah, daß seine Pläne zur Einigung Deutschlands zu großen Widerstand im südlichen Deutschland finden würden. Ihm war das starke Preußen das erwünschte Band. Anders verhält es sich jetzt. Alle Mittel, um Preußen zu schwächen und in eine schiefe Stellung zu bringen, werden versucht. So berichtet die Deutsche Ztg. unterm 24. Oktober aus Berlin: „Herr von Pfuel sei nur durch die ihm gewordene bestimmte Zusicherung zum Bleiben bestimmt worden, daß man die nächste schickliche Gelegenheit, welche der Minister-Präsident selbst nachzuweisen habe, benutzen wolle, um einen General aus einer Stellung zu entfernen, welcher nicht bloß die Bevölkerung der Hauptstadt zu stets neuen Besorgnissen fortwährend aufreizt und die Wiederkehr des Vertrauens zur Regierung unmöglich macht, sondern auch die verantwortlichen Vertreter der Krone in ihren Maßnahmen zur Vermittelung und Versöhnung der Gegensätze hemmt.“ — Wäre dieses der Grund des Bleibens des Herrn v. Pfuel, so möchten wir dem Ministerio wünschen, je eher, desto lieber, abzutreten. Die ewigen Conzessionen, das ewige Kokettiren mit der Linken, dieses Festhalten an einem Strohhalme, um den Bruch zu meiden, dieses Alles ist unpassend für einen alten preussischen General, der berufen ist, in der National-Versammlung die Rechte der Krone zu vertreten. Mit der jetzigen National-Versammlung wird nimmermehr eine gute Staats-Verfassung vereinbart werden können; warum nun mit dieser Ungestlichkeit den Bruch meiden, wo derselbe ohnehin erfolgen muß, oder soll abgewartet werden bis der Boden des preussischen Staats noch mehr unterwühlt und alle gesunde Vernunft zu Grabe getragen. Durch Nachgiebigkeit ist nichts zu erreichen; es ist klar, daß die republikanische Linke das Uebergewicht in der Versammlung hat. Wird nun Folge geleistet allen ihren Beschlüssen, so wird offenbar erst die weisse, dann die rothe Republik folgen.

Wir hoffen daher, daß das Ministerium seine Stellung begreifen und die nächste Gelegenheit ergreifen wird,  
„um die dominirende Linke in die Schranken der Vereinbarung zurückzuführen.“

Vielleicht, daß das Jagdgesetz die Veranlassung giebt.

Was endlich die Deutsche Zeitung und die jetzige Redaktion derselben anbetrifft, so wünschten wir wohl, wenn dieselbe um preussische Verhältnisse sich weniger bekümmerte und nach Möglichkeit dahin wirkte, daß die Frankfurter Versammlung den Hauptpunkt ihrer Aufgabe nicht vergesse, nämlich: „Deutschland durch Vereinbarung mit den Fürsten in ein Ganzes zu vereinigen.“

Bis jetzt ist dieser Punkt ganz vernachlässigt. Nur hiezu waren unsere Abgeordneten gewählt. Nur hiezu hatten sie das Mandat des Volks.

Berlin, 28. Oktober. (88ste Sitzung der National-Versammlung.) Vorsitzender: von Unruh. Anfang 9 Uhr. — Das Protokoll wird ohne Erinnerung angenommen. — Ein abweichendes Votum der Abgeordneten Lammann, Kühnemann, Hofer, Kofanowski, Feyerabend, Hartmann u. A. wird verlesen, worin dieselben erklären, daß die durch den Zusatzantrag Phillips (zu Art. 1 der Verfassung) den Posenern gewährleisteten Rechte nicht in diesen von der Begrenzung des preussischen Staatsgebietes handelnden Artikel gehörten, daß diese Rechte in Ansehung der polnischen Bewohner des Großherzogthums zwar unbezweifelbar feststehen, aber eben so unzweifelhaft auch die Rechte der deutschen Bevölkerung in Gemäßheit der von dem Frankfurter Parlamente gefaßten Beschlüsse gewahrt werden müssen.

Nachdem einige Urlaubsgesuche bewilligt waren, begann die Wahl des Präsidenten. — Herr von Unruh ist mit 177 Stimmen zum Präsidenten erwählt. Unbedingte Mehrheit: 175 Stimmen. Abgeordneter Phillips: 170 Stimmen, Abgeordneter Jonas (Berlin) 1 Stimme.

Man schreitet nun zur Wahl des Vice-Präsidenten: Durch das Ausscheiden des ersten Vice-Präsidenten von Unruh rücken die übrigen hinauf und es wird nun der eingeholten Entscheidung der Versammlung gemäß, der vierte Vice-Präsident erwählt. Während der Zählung wird die Interpellation der Abgeordneten Feyerabend und Richter (Ausschließung der Bewohner östlicher Provinzen von der Kolonisation parzellirter Domänen) eingeleitet. — Die Versammlung fährt fort, den Bericht der Petitions-Kommission entgegen zu nehmen. Ueber die Mehrzahl der Bittschriften wird zur Tagesordnung übergegangen. Inmitten der Verhandlungen verkündet der schriftführende Abgeordnete Parrisius, daß 352 Abgeordnete bei dem Namensaufruf geantwortet haben und dennoch 353 Zettel vorgefunden seien. Ein Abgeordneter habe gerade 177 Stimmen erhalten, es entstehe

mithin ein Zweifel über die Gültigkeit der Abstimmung, weshalb die Schriftführer beantragten: die Wahl für ungültig zu erklären. Die Versammlung tritt dem bei und ein neuer Namensaufruf wird vorgenommen. Vor der Stimmzählung bemerkt der Abgeordnete Hildenhagen: Der Irrthum in der vorigen Liste hat sich aufgeklärt; der Abgeordnete Siebert ist als fehlend aufgeführt, er war aber anwesend und hat seine Stimme abgegeben. Ich glaube deshalb, daß die vorige Abstimmung gültig ist. — (Unterbrechung.) Verschiedene Redner wollen die einmal getroffene Entscheidung als unwiderrüflich festhalten, Andere sprechen dagegen.

Die erste Wahl wird für gültig erklärt. Das Resultat derselben ist folgendes: Bestimmt haben 353, absolute Majorität 177. Stimmen haben erhalten: Waldeck 177; Auerwald (Rosenberg) 174; Milde 1; Kühlwetter 1. Man geht nun in dem weitern Bericht über die Petitionen vor. Eine Anzahl von speziellen und Fach-Petitionen wird nach dem Antrage der Kommission ohne Diskussion durch Verweisung an das Ministerium oder Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Wir erwähnen von dem Inhalt der Petitionen, daß eine die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, eine andere die Abschaffung der Appellation, eine dritte strengeres Verbot der wilden Ehen fordert, weil durch die wilden Ehen die Gelegenheit zum Heirathen erschwert werde. (Gelächter.) Ein Bittsteller beantragt, daß, weil viele Weibspersonen die Mannspersonen, namentlich die wohlhabenden, zum Beischlaf verführen, jede Schwangere mit 6wöchentlicher Freiheitsstrafe belegt werde. (Anhaltendes und stürmisches Gelächter.) Schluß 2 Uhr.

Breslau, 27. Oktober. Der entscheidende Kampf in Wien hat noch nicht begonnen. Mit neuen Vermittelungsvorschlägen ist am 26. abermals eine Deputation des Reichstages, der die Proklamation des Fürsten Windischgrätz nicht nur für ungeseglich, sondern auch für eben so feindlich gegen die Rechte des Volkes, wie gegen die des konstitutionellen Thrones erklärt hat, nach Olmütz abgegangen. Inzwischen hat der Kaiser selbst den Reichstag vertagt und auf den 15. November nach Kremstier ausgeschrieben. Von den ferneren Schritten des noch in Wien tagenden Reichstages dürfte demnach das Schicksal Wiens abhängen, da in der Stadt selbst Zwiespalt zu herrschen scheint und Deputationen, welche an Windischgrätz abgeschickt worden sind und offiziell Bedingungen stellen, insgeheim erklären, daß sie die endliche Einnahme der Stadt dringend wünschen, um von der Herrschaft des Proletariats befreit zu werden. Vier Vorstädte Wiens sollen in Flammen stehen, die akademische Legion bereits bis auf 800 Mitglieder zusammengeschnitten sein. Für das diplomatische Korps, das Wien verlassen, werden in Olmütz Wohnungen eingerichtet. Der ungarische Landsturm wird bei Preßburg gesammelt, weshalb Jellachich, der eine feierliche Zusammenkunft mit Windischgrätz hatte, in der Richtung nach Ungarn sein Lager aufgeschlagen hat. (Schlesische Ztg.)

Natibor, 28. Oktober. Heute Vormittag hier angekommen Reisende aus der Umgebung von Wien versichern, daß bereits 4 Vorstädte von Wien in Brand gesteckt seien. Es wird sogar behauptet, daß die Vorstadt Jägerzeile von den Wienern selbst angezündet worden sei. Die Kampflust der Wiener soll übrigens noch immer die alte sein. Am gestrigen Tage ist wenig, ja fast gar nicht geschossen worden. Vorgestern war eine Deputation des Reichstags so wie der Minister Kraus nach Olmütz gereist, um dem Kaiser nochmals Vermittelungsvorschläge zu machen. Gestern war dieselbe noch nicht zurück. — Bei Preßburg sammelt sich der ungarische Landsturm, um den Wienern zu Hülfe zu eilen; derselbe soll bereits 10,000 Mann stark sein. Aus Krakau meldet man uns, daß die Russen in Gallizien eingedrungen seien; wir halten indeß dieses Gerücht für unbegründet. (S. 3.)

Darmstadt, 25. Oktober. Wir erfahren, daß in Würzburg und Umgegend ein Bataillon Reichstruppen mit einigen Geschützen liegt. Als sie am 22. Oktober daselbst eingezogen (schreibt man uns) und die Offiziere in einem Wirthshause speisten, stellten sich die Würzburger Demokraten vor demselben auf und sangen das Heckerlied. Als sie fertig waren, klatschten die Offiziere in die Hände, riefen Bravo und da Capo, worauf sich die edlen Heckerlinge, die Anderes erwartet hatten, ärgerlich und beschämt rasch entfernten. (Drst. 3.)

Frankfurt a. M. National-Versammlung vom 26. Okt. Fortsetzung der Berathung über Art. II. §§. 2, 3 und 4 des Verfassungs-Entwurfs. Ludwig Uhland erhält das Wort: Wir sind nicht hierhergefaßt um große Gebiete, die von uralter her mit dem Reiche zusammenhängen vom Vaterlande loszureißen. Seit 5 Monaten haben die österr. Abgeordneten mit uns im Sinne des deutschen Bundesstaats getagt und beschlossen. Sie haben mit uns das Gesetz über die provisorische Centralgewalt ausgesprochen, nach welchem sich der Staatenbund in einen Bundesstaat verwandelte, der von allen deutschen Regierungen anerkannt und in Folge dessen ein

Mitglied des österreichischen Regentenhauses zum Reichsverweser erwählt ward. Mag die Centralgewalt auch nur eine provisorische sein, ihr Grundsatz ist ein definitiver, eben so wie die Aufhebung des Bundestages ein definitiver ist. Dennoch wird jetzt bei der Beratung über die Verfassung an diesem Grundsatz gerüttelt und uns dafür ein völkerrechtliches Bündnis mit Oesterreich empfohlen — dieses Bündnis wäre die Bruderhand zum Abschied (Bravo!). Die politische Staatenbildung der pragmatischen Sanktion war eine dynastisch-monarchische. Aber dies dynastische System ist zur Reize gegangen und die Geschichte deutscher Völker würden in die Hand der slawischen Mehrheit gelegt werden, wenn wie ihre Minderzahl nicht schützten. Wie könnte das deutsche Oesterreich die Freiheit nach Osten bringen, die Macht üben, wenn es nicht mehr deutsch ist? Mag es eine Laterne sein für den Osten. Es hat aber darüber den höhern Beruf, eine Pulsader zu sein für Deutschland (Bravo!). Oesterreich hat sein Herzblut gemischt in den Mörkel der deutschen Freiheit, es muß mit uns sein und bleiben. Sie haben ein Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung gemacht, wollen Sie darnach mehr als hundert Abgeordnete in die Verbannung eines Slawenreiches schicken? Der Antrag Uhland's geht daher noch weiter als die Verfassungs-Paragrafen. Nicht bloß ihre Annahme, auch ihre sofortige unwiderrückliche Geltung und Veröffentlichung für Oesterreich fordert er. Die Reichskommissäre in Wien müßten wissen, worauf sie zu beharren hätten. Diplomatische Verhandlungen ohne feste Grundlage seien gefährlich. Doch behält sich der Redner vor, seinen Neben Antrag zurückzuziehen, wenn er dem Hauptantrage gefährlich werden könne. Für die Verschiebung könne man anführen, daß in Oesterreich große Gährung herrsche. Allein gerade aus dieser Gährung werde der Erz rein und voll in die Form stömen, aus der die vollendete Germania hervorgehen solle! Beda Weber stimmt mit den Wünschen des Dichters überein, dessen Lieder seine Jugend entzückten. Allein nicht mit dessen Mitteln. Die Aeußerung des Redners über Gistra, der gesprochen habe in dieser Frage wie ein Minister der Zukunft, ruft den Widerspruch der Linken hervor, dann fährt Weber fort: Noch ist Oesterreich nicht verloren. Selbst in Italien halten die Bauern fest an dem Kaiserstaate. Die Liebe Eisenmanns zu den Ungarn sei eine romantische, die um so lebhafter sei, je weniger Grund sie habe. (Allgemeine Heiterkeit.) Denn auch in Ungarn sei Oesterreich längst beherrscht, die Bauern und die Bürger zu emanzipiren. Aber die ungarische Adels Herrschaft habe dergleichen freisinnige Einrichtungen bis jetzt zu hindern gewußt. Gistra habe Throne und Kronen gestürzt. Sie könnten fallen, aber ein siegreicher Feldherr werde sie aufheben. (Bravo!) Auch er stehe auf dem Boden des Anschlusses an Deutschland, aber auf breiter Basis, nicht auf dem schmalen Streifen, auf den sich Gistra gestellt. Was die Sympathien für den Kaiser und die Gesamtmonarchie anlangt, so solle man sie in der Paulskirche nicht zu niedrig anschlagen, denn die oberflächliche Rechnung könnte sich rächen. Schon habe ein Theil des Hauses zu viel Theil genommen an der Wiener Bewegung. Auch das Wort Kamarilla habe eine andere Bedeutung in Oesterreich als hier. Lieber die Kamarilla als den Aufruhr wollten die Bauern. Für die Gesamtmonarchie würden Alle für Einen stehen. Oesterreich habe Mittel genug sich auf dem kürzesten Wege zur Einheit zu gestalten und er sei nicht von der blinden Furcht vor dem slawischen Elemente. Selbst der größte jetzt lebende Slawist vereine mit der gläubendsten Liebe für seinen Stamm die treueste Dankbarkeit für das Deutschland, dem er seine Bildung verdanke. Der Theorie haben wir genug hier gehabt, in der Politik muß man aber nur das Mögliche erstreben. Handeln Sie nicht für Rußland, treiben Sie die Slawen nicht selbst zu ungeseligen Handlungen. (Beif. von der Rechten, Zischen von der Linken.) — Graf Deym: Mein Standpunkt ist der deutsche, ganz allein der deutsche. Es ist hier nicht genug unterschieden worden, daß es ein Staatsrecht, ein Naturrecht, ein Revolutionsrecht giebt. Das Letztere hat uns hierhergebracht, im Namen des Letztern begründen wir ein neues Staatsrecht. Wir dürfen aber die deutsche Politik nicht enger auffassen, als unsere Altvordern, die den Babenberger gegen Osten vorschickten, Oesterreich zum Markgrafenenthum erhoben und Böhmen als einen Kurstaat einverleibten. Verfassungen kommen und gehen; höher als sie steht die Macht und Größe Deutschlands. Die Paragrafen achte ich daher für wenig, sie gelten mir klein gegen die Zukunft eines mitteleuropäischen Reichs von 70 Millionen. Dazu ist Deutschland berufen, die Gründung dieses Reichs ist unsere Aufgabe. Aber ein solches Riesentreich faßt sich nicht in einem Parlamente zusammen. Es bedarf zu seiner Herstellung einer anderen Gliederung, und die einzige Möglichkeit derselben erblickt der Redner darin, daß Oesterreich in ein staatenbündliches Verhältnis zu Deutschland trete. Keine Verkrüppelung Oesterreichs, die auch eine Verkrüppelung Deutschlands sein würde. Ich schließe mich daher zunächst dem vertagenden Antrage Kaisers an. — Bogt von Sieben macht darauf aufmerksam, daß doch ja der staatsmännische Standpunkt nicht veräußert werden möge, auf den er zwar selbst keinen Anspruch mache, auf welchen er aber doch hinweisen wolle in Bezug auf Posen u. s. w. In andern Versammlungen gebe das Ministerium bei großen politischen Fragen eine Meinung ab. Hier habe sich nur der Unterstaatssekretär Herr v. Würth vernehmen lassen und er möchte wohl wissen, ob Würth damit die Ansicht des Ministeriums vertreten habe. Eine dynastische und Freiheitspartei ständen sich gegenüber und Bogt bemüht sich zu zeigen, daß nur nach der Ansicht der zweiten, der dynastischen, die österr. Monarchie unter einer Personalunion nicht bestehen könne. Die „absolute“ Herrschaft freilich werde unmöglich dadurch, aber nicht die konstitutionelle. Dann spricht der Redner den Verdacht aus, daß der Eintritt Oesterreichs in's Reich doch vielleicht verhindert werde, um einer gewissen verhassten Hegemonie Erfolg zu sichern. Es würde gesagt, daß es Oesterreich schwer fallen werde, sich Deutschland unbedingt anzuschließen. Das sei freilich wahr, je nach der jetzigen Beschaffenheit und Haltung der Centralgewalt. Wir (Bogt und Partei) folgen nur unserm Prinzip. Wir gönnen jeder Nationalität ihre Freiheit, den Polen, den Ungarn, den Italienern. Die Kroaten sind weiter gegangen, als ihre Freiheit zu verteidigen, sie suchen die Freiheit anderer Nationalitäten zu unterdrücken. Daher unsere Verdammung gegen sie. Die Tyroler wären konstitutionell geworden, als die Konstitution da war, ungefähr wie jene Republikaner in Frankreich, als die Republik einmal bestand. So würden sie sich auch dem Anschlusse an Deutschland fügen. Schweigen Sie eine österreichische Gesamtmonarchie mit dem Bande der Gewalt zusammen und jedes Bestreben in derselben wird gültig sein, welches auf die Trennung gerichtet ist. Der Redner kann

mithin nichts dringender empfehlen, als zu Deutschland zu nehmen, was zu Deutschland gehört und die übrigen Völker ihrer Selbstbestimmung zu überlassen. — Obschon unter Bogt's Rede mehrmals nach dem Schlusse verlangt und am Ende derselben von zwanzig Mitgliedern der Antrag darauf gestellt wird, so entscheidet sich die Versammlung doch für Fortsetzung der Debatte, worauf Wares aus Graz und Groß aus Prag die Reihe der Vorträge für den unbedingten Anschluß Oesterreichs und damit nur die ungebildete Zerstretheit des Hauses vermehren, bis sich bei dem Erscheinen Heinrich von Gagern's auf der Rednerbühne die Anspannung in Aufmerksamkeit verwandelt und die unruhige Bewegung in tiefes Schweigen übergeht: Unser Volk war tief gesunken, wir suchen nach den Mitteln es zu erheben. Was waren die Haupthindernisse der Größe unseres Vaterlandes? Unter ihnen oben an stand das gemischte Verhältnis der Staaten, welches Deutsche und Slawen unter einer Regierung, zu einem Staatsleben verband. Der Verfassungsausschuß mußte daher diese Schwierigkeit besonders in's Auge fassen. Es besteht aber ein großer Unterschied darin, ob von zwei verbundenen Ländern das deutsche das Hauptland ist, oder das fremde. Wo das deutsche das Nebenland ist wie Limburg, da muß das Verhältnis gelöst werden, denn es ist ein unwürdiges. Aber es fügten sich auch an deutsche Hauptländer nicht-deutsche Nebenländer. Preußen hat dies Verhältnis dermaßen im Interesse Deutschlands aufgelöst, daß wir schon jetzt sagen können, es ist in Deutschland aufgegangen. Anders in Oesterreich, dort kann ich keine Nothigung erkennen, daß wir die deutschen Länder von den nichtdeutschen trennen. Denn so steht die Frage, die ich bereits erledigt hielt, daß die Personalunion eine Trennung für Oesterreich ist. Bei einem selbstständigen Staatsleben der einzelnen Körper ist die Verbindung mit andern eine zufällige. Die Möglichkeit der Geltung der §§. 2 und 3 in Oesterreich vorausgesetzt, so ziehen wir die deutsch-österreichischen Provinzen ins deutsche Reich und trennen sie von den übrigen. Die rückbleibenden Länder, einmal von ihrem Centrum abgerissen, werden sich dann, unabhängig von einander und ungewiß, wohin sie sich wenden, gestalten. Sollen wir nun zu dem lodern den Feuer des Bürgerkrieges in Oesterreich noch Nahrung hinzutragen? Oder sollten wir nicht einmal die gewöhnliche Pflicht eines guten Nachbarn erfüllen? Wollten wir eine ganze Saat des Einflusses, wollten wir ein unermeßliches Reich, einen ungeheuern Boden der nationalen Entwicklung von uns stoßen? Wenn Nationen nichts weiter mehr mit einander gemein haben, als die Personalunion, so haben sie überhaupt nichts mehr mit einander gemein. Wir würden durch diese Personalunion viererlei österreichische Gesandte, vierfache österreichische Heere in das europäische Chaos hineinschleudern. Unsere erste Verpflichtung aber ist, daß wir die Berechtigung der Völker auf den Frieden unter dem Schutze der Freiheit erfüllen. Dann dürfen wir nicht selbstständige Staaten aus Völkern bilden wollen, die zum Theil noch gar nicht fähig und reif sind zu einer selbstständigen Existenz. Betrachten wir uns im Verhältnis zu Europa, so würden wir eine das Völkerrecht wenigstens nicht schonende, ja es sogar verletzende Handlung begehen durch die Annahme der §§. 2 und 3 in Bezug auf Oesterreich. Ich habe mir Deutschland als eine weltherrliche Macht gedacht und hege eine größere Idee von unserer Zukunft, als daß ich jene Völker aufgeben möchte, welche als Trabanten unserer planetarischen Bewegung zu folgen bestimmt sind. Wir haben den Beruf, uns das adriatische Meer zu erhalten, mit aller Kraft unseres Volkes. Den Italienern gönnen wir ihre Freiheit, wenn sie sich dieselbe durch den Bund, den sie errichten, in Wahrheit zu begründen wissen, die selbstständige Organisation Galiziens hingegen würde ein Kriegsfall mit Rußland sein und eben so gefährlich wäre das Verstreuen der Sudslawen, die wir dann ohne Richtung dem fremden Einflusse hingäben und zu unserem Nachtheil. Wir dürfen auch Oesterreich nicht zumuthen, daß es das Recht der Provinzen verleihe, die bis jetzt mit ihm verbunden waren, denn ich meine, diese Provinzen haben ein Recht auf den Fortbestand des zusammenhängenden Verhältnisses. Um was es sich handelt, ist, ob eine so lockere Verbindung für ganz Deutschland zweckmäßig sei, daß sie auch Oesterreich die volle Angehörigkeit erlaube, oder ob wir nicht vielmehr das übrige Deutschland auf's Innigste zusammenschließen und für Oesterreich eine Nebenstellung suchen müssen. Die Beantwortung dieser Frage ist für den Redner keinem Zweifel unterworfen, worauf er fortfährt: wenn Deutschland sich festgestaltet, wenn sich Oesterreich neubildet mit Ausschcheidung der Elemente seiner Verwaltung, die es bis jetzt von uns entfernten, so ist die Politik Deutschlands und Oesterreichs eine gemeinsame. Wollen wir es nicht aufgeben, die Wohlthaten deutscher Kultur und Besitzung in die Länder des Ostens zu tragen, so müssen wir Oesterreich erhalten. Mit ihm werden wir unsere Macht wie einen Keil gegen das schwarze Meer treiben. Die Völker an der Donau sind uns zugeneigt, die Länder daselbst geeignet, den Strom deutscher Einwanderer aufzunehmen, wenn er sich nach Osten wendet, anstatt gegen Westen, und wenn wir nicht an der Donau herrschen, so würde der Ruffe dort herrschen. Gagern will demnach das Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland sofort definitiv geregelt sehen. Dies hofft er zu erreichen durch folgenden Antrag: „Oesterreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschlande in dem beständigen und unauflösligen Bunde. Die organischen Bestimmungen für dieses Bundesverhältnis, welche die veränderten Umstände nöthig machen, werden Inhalt einer besonderen Bundes-Akte.“ Er glaubt damit die strengen Konsequenzen der §§. der Verfassung für Deutschland, und zugleich für Oesterreich die Möglichkeit eines Ausnahmeverhältnisses zu retten. Wenn wir Bestimmungen träfen, die Oesterreich von uns stießen, so hätten wir nicht die Einheit des Vaterlandes begründet, sondern dessen Zerissenheit! So lange wir zwei Mächte von überwiegendem Umfange in Deutschland haben, müssen wir einen Organismus schaffen, der die Kräfte dieser beiden Mächte nach Einer Richtung zusammenfaßt und einheitlich concentrirt. Der Bundesstaat bleibt unsere Aufgabe, das andere bleibt Uebergang. Keine Zwangsjacke soll uns einengen. Thun wir vielmehr ein breites Thor auf, durch das hineintreten könne in die Deutsche Familie, was sich ihr zu vereinen berufen ist. Nach Gagern's Rede die unter dem Beifalle der überwiegenden Mehrheit schließt, will die Versammlung für heute keinen Vortrag weiter hören und nachdem der Antrag auf dem Schluß der Debatte verworfen worden, wird, drei Uhr Nachmittags, die Bertragung auf morgen beliebt. (D. 3.)

Frankfurt a. M., 26. Oktober. Rundschreiben der Reichsministerien des Innern und des Kriegs an die Regierungen aller Deutschen Einzelstaaten. Da Zweifel darüber entstanden sind, in welcher Weise die Verpflegung der Reichstruppen im Reichsdienste bestritten werden solle,

hat das Gesamtministerium den Beschluß gefaßt, daß die Verpflegung von Reichstruppen, die sich im unmittelbaren Reichsdienste befinden, von dem ganzen Reiche bestritten werden müsse. So lange ein allgemeines Militärverpflegungsreglement für ganz Deutschland nicht besteht und insofern nicht besondere Verträge unter den einzelnen Staaten bereits abgeschlossen sind, hat daher die Verpflegung und der Transport für die Reichstruppen auf einem andern Gebiet als ihrem unmittelbaren Heimathlande nach den Gesetzen und Gebräuchen des Landes zu geschehen, in welchem die Reichstruppen verwendet werden, und die Vergütung der tarifmäßigen Naturalverpflegung der Reichstruppen und der Transportkosten hat nach dem Maßstabe zu geschehen, welcher für die eignen Truppen des betreffenden Einzelstaates bei Marschen und Einquartierungen bestimmt ist. Die Reichsministerien des Innern und des Kriegs ersuchen demnach die Regierungen aller Einzelstaaten, in welchen Reichstruppen verwendet werden, dafür zu sorgen, daß die tarifmäßige Naturalverpflegung von der Bevölkerung vorschußweise gegen Empfangsbestätigungen von Seiten der Truppencommandanten unweigerlich geleistet werde, und denselben die nachträgliche Vergütung dieser Verpflegung aus der Reichskasse nach den oberrichtlichen Sätzen zuzusichern. Zugleich werden alle Deutschen Regierungen ersucht, Sorge zu tragen, daß von Seiten ihrer Behörden einerseits mit der zur Verhütung von Unterschleifen erforderlichen Genauigkeit, andererseits aber auch mit thunlicher Beschleunigung vorgegangen werde, damit die Staatsbürger, welchen die Einquartierung auferlegt werden muß, so schnell als möglich die ihnen gebührende Vergütung erlangen. Frankfurt, den 23. Oktober 1848. Der Reichsminister des Innern: Schmerling. Der Reichsminister des Kriegs: Peucker.

Heute Morgen machte das gesamte Offiziercorps der hiesigen Reichstruppen dem gegenwärtig hier anwesenden Prinzen Adalbert von Preußen seine Aufwartung, nachdem dasselbe vorher beim Reichsverweser sich vorgestellt hatte. (S. 3.) — Gestern warteten mehre Pommersche Abgeordnete dem Prinzen Adalbert auf, um ihre Ansicht über die Nothwendigkeit sofortiger Seerüstungen an der Ostsee darzulegen. In einer überreichten Denkschrift wird darauf angetragen, wenigstens in den Preussischen Ostseehäfen ungesäumt den Bau von 24 Kanonenbooten und 6 Briggs anzuordnen. Dänemark muß Ernst sehen, oder die Bewickelungen nehmen kein Ende. Der Prinz wies in seiner Antwort darauf hin, daß alle Maßregeln nur gemeinsame sein und von der Reichsgewalt ausgehen müßten. (D. 3.)

## Oesterreich.

Wien, 24. Oktober. Die Schiffbrücke über die schwarze Laken ist vollendet. Sogleich nach ihrem Fertigwerden wurde Geschütz, viel Militär und eine Anzahl Bagagewagen auf derselben übergesetzt, um über die Donau an das Rusdorfer Ufer weiter geschickt zu werden. Es war dieses gestern 4 Uhr Nachmittags. Dieses Ueberfahren und Weitertransportiren gab Veranlassung zu der gestrigen nachmittägigen Kanonade. Von den Unsrigen wurde aus dem Währinger Friedhofe und aus der Rusdorfer Linie das Feuern des Militärs tapfer erwidert. Auch wurde gestern Nachmittags vom jenseitigen Donau-Ufer auf die Unsrigen im Prater mit Kartätschen geseuert, wobei es mehrere schwere Verwundungen und einen Todten von unserer Seite gab. Aus den Vorbereitungen, welche Windischgrätz trifft, ersieht man, daß er gespannt ist, seinem ungeseglichen erklärten Vorhaben den nöthigen Nachdruck zu verschaffen. Wird er einmal die Angriffspunkte der Stadt bestimmt haben und hinreichend gerüstet sein, dann wird er Ernst machen und los schlagen. — In der Stellung der zwei andern Lager hat sich bis zur Stunde nur das geändert, daß sich Auersperg um Jagersdorf mehr concentrirt und daß in den Ortshäusern von Wien, woraus er seine Truppen gezogen hat, Militär von Windischgrätz schon wieder angefangen ist. (Schleische Ztg.)

(Abendsitzung vom 24. Oktober.) Vorsitzender: Smolka. Auf der Ministerbank: Niemand. Anfang 5 $\frac{1}{2}$  Uhr. Zahl der anwesenden Mitglieder: zur Eröffnung der Sitzung genügend. Durch das Ministerium ist dem permanenten Ausschusse die Antwort mitgetheilt worden, welche der Minister von Windischgrätz auf seine Zuschrift, mit welcher das kaiserliche Manifest vom 19. Oktober demselben zugesandt wurde, erhalten hat. Dasselbe ist dem Ueberbringer des bezeichneten Manifestes nicht schriftlich, sondern mündlich, mit dem Auftrage, dieselbe persönlich zu hinterbringen, ertheilt worden. Sie lautet dahin, daß der Feldmarschall keine andere exekutive Behörde in Wien kenne, als den Gemeinderath. Von diesem verlangt er unbedingte Uebergabe der Stadt. Als Frist zur Unterwerfung werden 24 Stunden bezeichnet. (Zischen.) Hierauf verliest Schuselka eine an den Gemeinderath, ohne ein Einbegleitungs schreiben gelangte Proklamation des Fürsten Windischgrätz, datirt aus Hezendorf am 23. Oktober 1848, welche als ein merkwürdiges historisches Dokument wörtlich mitgetheilt wird. Nach Verlesung dieser Proklamation unter ununterbrochenen Aeußerungen der höchsten Entrüstung bemerkt der Berichterstatter, daß die Geschichte der civilisirten Welt darüber das Urtheil fällen werde. Von dieser Proklamation sind sofort Abdrücke nach Olmütz gesendet worden mit der Frage, ob der dort sich befindliche Minister, mit dessen Contrassignatur das Manifest vom 16. Oktober versehen ist, die in der Proklamation des Fürsten Windischgrätz enthaltenen Maßregeln für konstitutionell halte. Zugleich hält es der permanente Ausschuss für seine Pflicht, alle dem Reichstage zu Gebote stehenden moralischen Maßregeln, insbesondere Erklärung der Ungezüglichkeit der Proklamation in Antrag zu bringen. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß die Proklamation im Widerspruch stehe mit dem kaiserlichen Versprechen, die Errungenschaften nicht in Frage stellen und den Reichstag frei tagen lassen zu wollen. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die in der Proklamation enthaltenen Punkte nicht nur konstitutionswidrig, sondern geradezu inhuman und barbarisch seien. — Auf Grundlage dieser Umstände stellt die Majorität des permanenten Ausschusses den Antrag, die hohe Kammer wolle in Berücksichtigung des Umstandes, daß das Manifest des Fürsten Windischgrätz vom 23. Okt. mit dem kaiserlichen Worte im Widerspruch stehe, beschließen, daß dasselbe nicht nur ungeseglich, sondern eben so feindlich sei gegen die Rechte des Volkes, wie gegen die des konstitutionellen Thrones. Neben diesem Antrage der Majorität wird auch der Antrag der Minorität mitgetheilt, welcher dahin geht, diesen Gegenstand durch Hinweisung auf den gestrigen Reichstagsbeschluß, worin die Erklärung Wiens in Belagerungszustand als ungeseglich erklärt wird, zu erledigen. Borrosch glaubt die Proklamation mit Hinblick auf die barbarische, dem menschlichen Gefühle höhnsprechende, unter civilisirten Personen unaus-

föhrbare Forderung der Auslieferung beliebig zu bezeichnender Personne als eine bloße Schreckrakete betrachten zu müssen. Nach einer längeren Debatte, an welcher sich außer Borrosch, Goldmark, Sierafowski noch Andere betheiligten, wurde der bezeichnete Antrag der Majorität des permanenten Ausschusses in Anwesenheit von 194 Mitgliedern zur Abstimmung gebracht und angenommen. — Schluß der Sitzung 7 Uhr. Die nächste Sitzung beginnt morgen um 12 Uhr.

— Aus der Stadt kommen fortwährend Deputationen an den Fürsten Windischgrätz; in Folge einer derselben, an deren Spitze ein Abgeordneter Pillersdorf gestanden haben soll, hatte der Fürst Windischgrätz die folgende Proklamation erlassen:

„An die Bewohner Wiens.

Es ist mir der Antrag gestellt worden, eine friedliche Vermittelung mit der Stadt einzugehen und mit meinen Truppen nach Wien einzurücken, um die von mir vorgeschriebenen Bedingungen selbst in Ausführung zu bringen. Ich appellire an den Rechtlichkeitsinn eines gewiß großen Theils der Bewohner Wiens und frage sie, ob es möglich ist, daß ich nach allem Vorgefallenen, nachdem auf meine Truppen ohne allen Anlaß gleich bei ihrem Erscheinen gefeuert wurde, mit denselben nach Wien einzuziehen könne, in die Stadt, die nach Aussage Aller von bewaffneten Uebelgesinnten wimmelt, ehe diese Menge entwaffnet ist, ohne einen mörderischen Straßenkampf herbeizuführen. Ich frage, ob diejenigen, welche mir Frieden anbieten, welche mich auffordern, ungeschert nach Wien einzuziehen, auch wenn sie es gut mit mir meinen, im Stande wären, denen Ruhe und Mäßigung zu gebieten, die nun schon seit Wochen mit Waffen in der Hand die Stadt terrorisiren. Es ist meine Pflicht, den guten Theil der Bewohner Wiens von dem in Kenntniß zu setzen, was seit der kurzen Zeit meines Erscheinens und vor derselben geschehen ist, da diese Vorfälle gewiß auf das höchste entsetzt werden. Seit mehreren Tagen finden stete Anfälle auf meine Truppen statt, die den Befehl haben, nur im dringenden Falle dieselben zu erwidern, was denn auch bereits an mehreren Orten geschehen ist. Die Partei, welche für die Urheber jener unerhörten Schandthat, die an dem Kriegs-Minister Grafen Latour und selbst noch an seiner Leiche begangen wurde, von Sr. Majestät Amnestie begehrt, welche die Entfernung der Truppen, die so schändlich angegriffen wurden, verlangt, einen Antrag auf Verbannung mehrerer Glieder des kaiserlichen Hauses stellt, noch vor kurzem gegen die mir von Sr. Majestät dem Kaiser verliehene Vollmacht protestirte und meine ganze Sendung als ungeseglich erklärte, — diese Partei schickt Friedensboten zu mir, um mich mit meinen Truppen ohne alle Garantie in die Stadt zu ziehen! Fern ist von mir der Gedanke unnöthiger Gewalt-Maßregeln; es erfüllt mich mit Schmerz, gegen die Hauptstadt und Monarchie feindlich aufzutreten zu müssen; doch ich frage nochmals die rechtlich gesinnten Bewohner derselben: ist Vermittelung in der mir angetragenen Form unter solchen Voraussetzungen möglich?

Hauptquartier Hezendorf, den 25. Oktober 1848.

(gez.) Fürst zu Windischgrätz.

## Frankreich.

Paris, 26. Oktober. In der heutigen Sitzung der National-Versammlung nahm Louis Napoleon das Wort und verlas eine Rede, worin er bedauert, daß der gestrige Vorgang ihn nöthige, nochmals von sich selbst zu sprechen und persönliche Fragen zu erörtern. Von seiner Gesinnung brauche er nichts zu sagen, da er sie schon kundgemacht habe; was aber sein parlamentarisches Verhalten angehe, so gestehe er seinen Kollegen eben so wenig das Recht zu, ihn darüber zu befragen, als er sich dies Recht anmasse. „Man hat“, fuhr er fort, „gestern von Agenten gesprochen, die in meinem Namen arbeiten. Ich habe mich dem Volke nicht aufgedrängt; aber da ich es sagen muß: ja, ich nehme die Kandidatur an, welche mich ehrt, und ich bin stolz darauf, zu gewahren, daß Frankreich meinen Namen als fähig betrachtet, der Konstitution der Gesellschaft zu dienen. (Heftige Unterbrechung, Murren.) Jene, die mich des Ehrgeizes anklagen, kennen mein Herz schlecht, und wenn die Sympathien eines Theiles des Volkes mich nicht über die Angriffe einiger meiner Kollegen trösteten, so würde ich es schon lange bedauert haben, daß ich mein Exil verließ. (Herr Clem. Thomas: Ich begehre das Wort.) Es ist wenigen Personen gegeben, beredete Worte hier aufzutischen; aber ich weiß, daß vor Allem Handlungen Noth thun. Es bedarf eines festen Verhaltens, welches die Uebel des Vaterlandes beschwören kann, und energischer Handlungen, welche Theorien, die nur die Gesellschaft umstürzen können, ihr Recht antun. Ich weiß, daß man meinen Weg mit Klippen besäen will, aber ich werde mich nie von meiner Bahn abwenden; ich werde sie mit Gleichmuth verfolgen, indem ich mich auf das Vertrauen des hochherzigen Volkes stütze, daß man gestern so übel behandelt hat. (Stimmen: Wer denn?) Ich erkläre denen, welche Komplotte gegen mich organisiren möchten, daß ich von nun an auf keine Frage antworten (eine Stimme: nie am nämlichen, aber am folgenden Tage) und daß ich, stark durch mein Bewußtsein, gegen alle Angriffe unerschütterlich und gegen alle Verläumdungen gleichgültig bleiben werde.“ Hr. Clem. Thomas suchte seine gestrigen Aeußerungen über L. Napoleon zu rechtfertigen. Wenn er von den in dessen Namen zu Gunsten seiner Kandidatur gethanen Schritten gesprochen, so sei er dabei bloß von der Ansicht ausgegangen, es könne ein Komplotte bestehen, L. Napoleon den Freunden der Freiheit verdächtig zu machen. Er freue sich übrigens, ihn zur Erklärung veranlaßt zu haben, daß er sich vornämlich auf den Zauber seines Namens stütze. Es frage sich jetzt nur, ob Frankreich, nachdem es mühsam seine Freiheit wieder errungen und die härtesten Prüfungen durchgemacht, in einem Namen, in einem bloßen Namen die Bürgschaften finden werde, welche es für seine Größe und seine Zukunft fordern müsse. — An der Tagesordnung war die Berathung des Dekrets, welches den Zeitpunkt für die Wahl des Präsidenten der Republik festsetzen soll. Hr. Pagnerre: „Als sie die Frage der organischen Gesetze zu erörtern hatten, forderte die Regierung Sie auf, vor der Ernennung des Staatsoberhauptes zur Botirung dieser Gesetze zu schreiten. Die Regierung scheint ihre Ansicht geändert zu haben. (Cavaignac: Reinesweges!) Sollen wir vielmehr revolutionär verfahren und, gleichsam durch eine Maßregel der öffentlichen Wohlfahrt, unser Werk umstürzen und die Gewalt konstituiren, bevor wir alle Grundlagen derselben festgestellt haben?“ Der Redner bekämpfte schließlich den Kommissions-Antrag und verlangte von der Versammlung die Entscheidung, daß der Präsident der Republik erst nach Vollendung der organischen Gesetze ernannt werden solle. Hr. Baud-Larivière vertrat dieselbe Ansicht; die Versammlung würde einen

Formlichen Abdankungsakt begeben, wenn sie sich unter die Bevormundung einer unabsehbaren Gewalt stelle, bevor sie alle Theile des ihr vom Lande übertragenen Verfassungswerkes vollendet habe. Cavaignac: „Das Land weiß, ob ich, seit sechs Monaten, meine Dienste feilgeboten habe. Ich bin weder ein Ehrgeiziger, noch ein Verräther. Wäre ich ein Ehrgeiziger, so wäre ich ein sehr ungeschickter Ehrgeiziger. Als die Verfassungs-Erörterung begann, erklärte die Regierung, daß sie als solche an der Debatte sich nicht betheiligen und keinen Artikel zu einer Regierungsfrage machen werde. Gegenwärtig ist es anders; die Frage der Verantwortlichkeit tritt wieder auf; aber absichtlich wiederhole ich, daß die Regierung keineswegs beabsichtigt, aus der obschwebenden Frage eine Kabinettsfrage zu machen, falls sie, nachdem die Versammlung sich ausgesprochen haben wird, mit Nutzen am Ruder bleiben zu können glaubt. Ein Redner that Unrecht, unsere Hingebung an die Interessen des Landes in diesem Falle zu bezweifeln. Meine Vaterlandsliebe und Hingebung bürgen für die Zukunft. Ich glaube übrigens, daß die eigentlichen Argumente, welche man in der jetzt eröffneten Debatte erwartete, noch nicht vorgebracht worden sind. Diese Argumente, ich erwarte sie; wenn sie vorgebracht sind, werde ich sie bekämpfen.“ (Alle Blicke richteten sich auf L. Napoleon.) Der Redner erläuterte sein Votum bei der Frage über die Präsidentschaft der Republik und erklärte zuletzt noch wiederholt, daß nach seiner Ansicht in einer Vertagung der Präsidentenwahl Gefahr für die Republik liege, deren Existenz dadurch sogar ernstlich bedroht werden könne. — Nach einigen Rednern, die wenig Beachtung fanden, nahm Herr Flacon das Wort. Er meinte, die jetzige Diskussion hätte eigentlich bis nach der definitiven Abstimmung über die Verfassung verschoben werden sollen, weil das Recht der Wahl selbst noch nicht auf definitiven Grundlagen beruhe. Der Redner rügte nun die Weise, wie L. Napoleon so eben seine Kandidatur angekündigt habe. Dieser stütze sich auf seinen Namen; jener aber, der früher diesen Namen getragen, habe Frankreich Dienste geleistet und das Land habe damals eine Dankeschuld abgetragen. Ob man etwa dem jetzigen Träger des Namens auch Dank schuldig sei? (Lärm und Tumult.) Das Volk habe L. Napoleon sein Vaterland zurückgegeben; es habe ihn zu seiner Vertretung berufen und nun wisse er der Versammlung bloß zu sagen, daß er fortan nicht mehr zu ihr reden, daß er schweigen werde. Hier trete er unter Berufung auf einen Namen, anderswo unter Berufung auf Geld als Kandidat auf. (Ja! Ja! Es ist ein Scandal! Wachsender Tumult.) Jeder Bürger schulde hier nicht bloß für seine Handlungen, sondern auch für dasjenige Rechenenschaft, was in seinem Namen geschehe. Auf dem Lande sprengt man aber aus, daß ein aus der Verbannung zurückgekehrter Bürger, der von seinem Dattel nicht bloß den Namen, sondern auch unermeßliches Vermögen geerbt habe, auf mehrere Jahre hin das Land von allen Steuern befreien werde. (Lärm.) Er führe dies hier an, damit diejenigen, in deren Namen falsche Versprechungen geschähen, im Stande sein, sie laut, im Angesichte des Landes, Lügen zu strafen. Alle Blicke wandten sich auf L. Napoleon, der auf seiner Bank unbeweglich verharrte. Nachdem noch ein Redner für den Entwurf gesprochen, wurde die allgemeine Debatte geschlossen und man schritt zur Erörterung des Art. 1, welcher lautet: „Es wird am 10. Dezember 1848 zur Wahl des Präsidenten der Republik geschritten werden. Die Wahl wird in den durch das Decret vom 5. März und durch die Instruktion vom 8. März 1848 festgestellten Formen Statt finden.“ Der Präsident ließ sodann über den Artikel 1 abstimmen, und derselbe wurde mit 587 gegen 232 Stimmen angenommen. Die Verathung der übrigen Artikel wurde auf morgen vertagt. (R. 3.)

### Neueste Nachrichten.

Die Deutsche Reform enthält nachstehende unverbürgte Nachrichten: **Wien, 28. Oktober.** Das Bombardement der Stadt hat am 28ten Oktober Morgens begonnen.

Windischgrätz hatte die Entwaffnung der Arbeiter und des Restes der akademischen Legion gefordert. Darauf hatten die Deputationen der verschiedensten Corporationen Wiens erklärt, daß sie außer Stande seien, diese Entwaffnung auszuführen, und ihn aufgefordert, in die Stadt, die sie ihm freiwillig überliefern wollten, einzuziehen und die Entwaffnung selbst vorzunehmen. Windischgrätz erwiderte, daß er keinen Straßenkampf eingehen werde. Schon am 27ten d. M. wurden einige Bomben in die Vorstädte geworfen, die einige Häuser in Brand steckten. Dann trat bis zum 28ten d. M. Stille ein; die Entwaffnung ward nicht angekündigt. Darauf begann am Morgen des 28ten das Bombardement. So weit gehen unsere zuverlässigen Nachrichten. Wir fügen außerdem noch den Inhalt eines aus Breslau vom 29ten d. M. datirten Briefes hinzu, den wir jedoch in gleicher Weise nicht verbürgen können: Breslau, den 29. Oktober, 4 Uhr Nachmittags. Durch das Fahrpersonal der Wiener Bahn ist Abschrift folgender gestern nach Olmütz telegraphirten Depesche angelangt: General Bias an den Minister von Wessenberg in Olmütz.

Gestern (den 28. Okt.), 11 Uhr, hat Feldmarschall Windischgrätz von allen Seiten angegriffen. Das Bataillon Schoenhals, welches am Eingange der Jägerzeil die erste mit 12 Kanonen besetzte Barricade erstürmt hatte, ist aufgerieben worden. Die Barricade wurde später von den Jägern und Grenadieren genommen. Das Militair ist bis an das Karls-Theater vorgezogen. Die Vorstädte Konisstraße und Franz-Allee stehen in Flammen. Die Anführer der Studenten flüchten.

Aus anderweitigen zuverlässigen Nachrichten steht übrigens so viel fest, daß die Beschiesung und der Angriff der Stadt am 28ten Morgens bald nach 10 Uhr begonnen hatte. Ueber die derselben vorhergegangenen letzten Ereignisse gehen uns aus der Umgegend Wiens noch folgende Nachrichten zu: Der Fürst Windischgrätz hatte die Bedenkzeit zweimal verlängert; die letzte Frist war am 27ten Abends abgelaufen. An diesem Tage hatte fast vollständige Waffenruhe stattgefunden. Man sah zwei Feuersbrünste in der Stadt oder der unmittelbaren Nähe derselben. Der Fürst hatte dem Gemeinderath angezeigt, er werde ihn für allen Schaden, der der Stadt aus den nothwendig werdenden Gewalt-Maßregeln erwachse, verantwortlich machen. Einzelne Personen, denen es mit großer Mühe gelungen, die Stadt zu verlassen, erzählten, daß daselbst das bewaffnete Volk selbst in die Gasthäuser dringe und die Fremden zur Theilnahme am Kampfe zwingt. — Die Ungarn standen am 27. mit angeblich 40—50,000 Mann jenseits der Leitha, und über ihre Absichten herrschte vollständige Ungewißheit. Seitdem

das erste Dampfschiff mit 700 Ungarn in Grund geschossen worden, ist kein weiterer Versuch von ihnen gemacht worden, der Stadt zu Hülfe zu kommen. (St.-Anz.)

### Getreide-Bericht.

Stettin, 30. Oktober.

Weizen, in loco nach Qualität mit 54—60 $\frac{1}{2}$  Thlr. bezahlt.  
 Roggen, in loco und per Oktober 27—27 $\frac{1}{2}$  Thlr., pro Frühjahr 30 $\frac{1}{2}$  Thlr. bezahlt.  
 Gerste, in loco 23—28 und auf kurze Lieferung 27 $\frac{1}{2}$  Thlr. bezahlt.  
 Hafer, 16—18 Thlr. gefordert.  
 Rübeel, rohes, in loco 10 $\frac{3}{4}$ , a 10 $\frac{3}{4}$  Thlr. und pro Okt. 10 $\frac{3}{4}$  a 10 $\frac{11}{16}$  Thlr. bezahlt.  
 Hülsen wurde mit 71 $\frac{1}{2}$  Thlr. auf Lieferung bezahlt.  
 Spiritus, roher, in loco 23 $\frac{1}{2}$  % ohne Faß und 24 $\frac{1}{2}$ , a 24 $\frac{1}{2}$  % mit Faß bezahlt, pro Nov.—Dez. 24 $\frac{1}{2}$  % mit Faß und pro Frühjahr 22 % bezahlt.  
 Zink, schlech., auf 4 $\frac{1}{2}$  Thlr. gehalten.  
 Berlin, 30. Oktober.  
 Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 58—60 Thlr.  
 Roggen, in loco 28—30 Thlr., 82pfd. pro Okt. 28 $\frac{1}{2}$  Thlr. Br., 28 G., pr. Okt.—Nov. u. Nov.—Dez. 28 $\frac{1}{2}$  Thlr. Br., pro Frühjahr 31 Thlr. bezahlt und Br.  
 Gerste, große, in loco 25—26 Thlr., kleine 24—25 Thlr.  
 Hafer, in loco nach Qualität 17—18 Thlr., pr. Frühjahr 48pfd. 18 a 17 Thlr., pr. Herbst 17 a 16 $\frac{1}{2}$  Thlr.  
 Erbsen, Kochwaare 36—40 Thlr., Futterwaare 34—36 Thlr.  
 Naps und Rübsen, 73—74 Thlr.  
 Rübel, in loco 11 $\frac{1}{2}$  a 11 $\frac{1}{2}$  Thlr. Br., 11 $\frac{1}{2}$  Thlr. bez., pro Oktober bis Nov. 11 $\frac{1}{2}$  a 11 $\frac{1}{2}$  a  $\frac{1}{2}$  Thlr., pro Nov.—Dez., Dez., Jan., Jan.—Februar desgl., pr. Febr.—März 11 $\frac{1}{2}$  a 11 $\frac{1}{2}$  Thlr., pr. März—April und April—Mai desgl.  
 Leinöl, in loco 9 $\frac{1}{2}$  Thlr., auf Lieferung 9 $\frac{1}{2}$ .  
 Spiritus, in loco ohne Faß 15—15 $\frac{1}{2}$  Thlr. bez., mit Faß 15 Thlr. bez., pro Herbst-Termine 15 Thlr. Br. und G., pro Frühjahr 17 $\frac{1}{4}$  Thlr. Br., 17 G.

### Berliner Börse vom 30. Oktober. Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinssuss.	Brief	Geld	Gem.	Zinssuss.	Brief	Geld	Gem.
St. Schuld-Sch.	3 $\frac{1}{2}$	—	74	—	Kur-&Nm.Pfbr.	3 $\frac{1}{2}$	—	89
Seeh. Präm.-Sch.	—	92	—	—	Schles. do.	3 $\frac{1}{2}$	90 $\frac{1}{2}$	89 $\frac{1}{2}$
K. & Nm. Schldv.	3 $\frac{1}{2}$	—	—	—	do. Lt. B. gar. do.	3 $\frac{1}{2}$	—	—
Berl. Stadt.-Obl.	3 $\frac{1}{2}$	—	—	—	Pr. Hk.-Anth.-Sch.	—	86 $\frac{1}{2}$	85 $\frac{1}{2}$
Westpr. Pfbr.	3 $\frac{1}{2}$	—	81 $\frac{1}{2}$	—	Friedrichsd'or.	—	13 $\frac{1}{2}$	13 $\frac{1}{2}$
Grosh. Posen do.	4	—	95	—	And.Gldm. a 5 tlr.	—	13 $\frac{1}{2}$	12 $\frac{3}{4}$
do. do.	3 $\frac{1}{2}$	77 $\frac{1}{2}$	—	—	Disconto	—	3	4 $\frac{1}{2}$
Ostpr. Pfandbr.	3 $\frac{1}{2}$	87 $\frac{1}{2}$	86 $\frac{1}{2}$	—				
Pomm. do.	3 $\frac{1}{2}$	90 $\frac{3}{4}$	89 $\frac{3}{4}$	—				

### Ausländische Fonds.

Russ Hamb.Cert.	5	—	—	—	Poln. neu. Pfbr.	4	90 $\frac{3}{4}$	90 $\frac{3}{4}$
do. b. Hope 3 4 a.	5	—	—	—	do. Part. 200 Fl.	4	67 $\frac{1}{4}$	66 $\frac{3}{4}$
do. do. 1. Anl.	4	—	—	—	do. do. 300 Fl.	—	94	—
do. Stiegl. 2 4 A.	4	82	—	—	Hamb. Feuer-Cas	3 $\frac{1}{2}$	—	—
do. do. 5 A.	4	—	—	—	do. Staats-Pr. Anl	—	—	—
do. v. Rthsch. Lst.	5	101 $\frac{1}{2}$	—	—	Holl. 2 $\frac{1}{2}$ o/o Int.	2 $\frac{1}{2}$	—	—
do. Poln. Schatz 0	4	65 $\frac{7}{8}$	65 $\frac{7}{8}$	—	Kurl. Pr. O. 40 th.	—	—	—
do. do. Cert. 1. A.	5	77 $\frac{1}{4}$	76 $\frac{1}{4}$	—	Sard. do. 36 Fr.	—	—	—
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	13 $\frac{1}{2}$	—	N. Bad. do. 35 Fl.	—	—	—
Pol. Pfbr. a. a. C.	4	—	90 $\frac{3}{4}$	—				

### Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinssuss.	Rechntr. 47	Tages-Cours.	Priorit.-Actien	Zinssuss.	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4 $\frac{1}{2}$	82 $\frac{1}{2}$	82 $\frac{1}{2}$ bz.	Berl.-Anhalt . . .	4	84 B.
do. Hamburg	4 $\frac{1}{2}$	63 $\frac{1}{2}$	63 $\frac{1}{2}$ B.	do. Hamburg . . .	4 $\frac{1}{2}$	88 $\frac{1}{2}$ bz.
do. Stettin-Stargard	4	68 $\frac{1}{2}$	68 $\frac{1}{2}$ bz.	do. Potsd.-Magd. . .	4	77 $\frac{1}{2}$ bz.
do. Potsd.-Magdebg.	4	452	452 bz.	do. do	—	587 B.
Magd.-Halberstadt	4	7102 G.	7102 G.	do. Stettiner . . .	—	496 bz.
do. Leipziger . . .	4	15	15	Magdb.-Leipziger	4 $\frac{1}{2}$	—
Halle-Thüringer . . .	4	51 B.	50 $\frac{1}{2}$ bz.	Halle-Thüringer . . .	4 $\frac{1}{2}$	81 $\frac{1}{2}$ B.
Cöln-Minden . . .	3 $\frac{1}{2}$	74 $\frac{1}{2}$	74 $\frac{1}{2}$ bz.	Cöln-Minden . . .	3 $\frac{1}{2}$	88 $\frac{1}{2}$ G.
do. Aachen . . .	4	452 $\frac{1}{2}$	452 $\frac{1}{2}$ B.	Rhein. v. Staat gar. . .	4	—
Bonn-Cöln . . .	4	—	—	do. 1 Priorität.	4	—
Düsseld.-Elberfeld	4 $\frac{1}{2}$	—	—	do. Stamm-Prior	4	67 $\frac{1}{2}$ B.
Steele-Vohwinkel	4	29 $\frac{1}{2}$	29 $\frac{1}{2}$ G.	Düsseld.-Elberfeld	4	—
Niedersch. Märkisch.	3 $\frac{1}{2}$	68 $\frac{1}{2}$	68 $\frac{1}{2}$ G.	Niedersch. Märkisch.	—	582 $\frac{1}{2}$ B.
do. Zweigbahn	4	—	—	do. do	—	593 B. $\frac{1}{4}$ G.
Oberschles. Lit. A	3 $\frac{1}{2}$	689 $\frac{1}{2}$	689 $\frac{1}{2}$ G.	do. III Serie.	4 $\frac{1}{2}$	88 $\frac{1}{2}$ G.
do. Lit. B.	3 $\frac{1}{2}$	689 $\frac{1}{2}$	689 $\frac{1}{2}$ G.	do. Zweigbahn . . .	5	—
Cosel-Oderberg . . .	4	—	—	do. do.	4	—
Breslau-Freiburg . . .	4	5	5	Uerschlesische . . .	5	—
Krakau-Oberschles. . .	4	42 $\frac{1}{2}$	42 $\frac{1}{2}$ G.	osel-Oderberg . . .	5	94 $\frac{1}{2}$ B. 94 $\frac{1}{2}$ G.
Bergisch-Märkische . . .	4	57	57 G.	Steele-Vohwinkel . . .	4	—
Stargard-Posen . . .	4	66 $\frac{1}{2}$	66 $\frac{1}{2}$ G.	Breslau-Freiburg . . .	—	—
Brieg-Neisse . . .	4	—	—			
<b>Quittungs-</b>				<b>Ausl. Stamm-</b>		
<b>Koggen.</b>				<b>Actien.</b>		
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	60	82 $\frac{1}{2}$ B.	Dresden-Görlitz . . .	4	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	—	Leipzig-Dresden . . .	4	—
Aachen-Mastricht . . .	4	30	—	Chemnitz-Risa . . .	4	—
Thür. Verbund.-Bahn	4	20	—	Sächsisch-Bayerische	4	—
<b>Ausl. Quittgs-</b>				Kiel-Altona . . .	4	88 G.
<b>Koggen.</b>				Amsterdam - Rotterdam	4	—
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	4	90	—	Mecklenburger	—	34 $\frac{1}{2}$ B.
Pesther 26 Fl.	4	80	—			
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	42 $\frac{1}{2}$ a 42 bz.			

Oesterreich.

Mailand, 19. Oktober. Der Feldmarschall Graf Radetzky hat am 16. Oktober an die Soldaten der Garnison von Wien folgende Worte gerichtet:

„Ich bin nicht Euer kommandirender General, Ihr seid nicht gewohnt, auf meine Stimme zu hören und ihr im Kampfe zu folgen; aber als Feldmarschall und ältester Soldat in der Armee steht mir das Recht zu, ein ernstes Wort an Euch zu richten. Unerhörte Dinge haben unter Euren Augen stattgefunden, Oesterreichs makellose Fahne ist durch Verrath und Blut besleckt. Zum zweiten Male hat Euer Kaiser aus seiner Hauptstadt fliehen müssen; der Kriegsminister, Feldzeugmeister Graf Latour, ward grausam und schändlich ermordet, sein Leichnam entehrt. Ein tapferer General fiel, wie man sagt, durch die Hand eines Grenadiers! Ein Grenadierbataillon vergiftet in Drgien und schändlicher Trunkenheit seine Pflicht, verweigert den Gehorsam und feuert, o ewige Schmach! auf seine eigene Waffenbrüder. Soldaten der Wiener Garnison, sagt mir, im Namen der Armee von Italien, Eurer Waffenbrüder, frage ich Euch — habt Ihr Eure Pflicht gethan? Wo war die Wache, die den Feldzeugmeister Latour vertheidigen sollte, die eher zu seinen sterben mußte, als ihn der Wuth eines blutdürstigen, aufgeregten Pöbels preiszugeben? Wo weilen die Verräther, die unsere Fahne mit Schmach bedeckten? Hat sie die gerechte Strafe schon erlitten? Oder schleppen sie ihr verächtliches Dasein noch in den Reichen der Empörung fort? Soldaten! Schmerz ergriff mich, Thränen erfüllten mein altes Auge, als ich die Kunde dieser in den Annalen der österreichischen Armee unerhörten Schandthat erfuhr. Ein Trost blieb mir noch, daß es nur ein kleiner Haufe war, der seine Ehre so schändlich vergaß, seine Pflicht so schmachvoll verletzte. An Euch, Ihr treugebliebenen wackern Männer, ist es nun, den Thron Eures Kaisers und die freisinnigen Institutionen zu schützen, die seine väterliche Güte seinen Völkern verlieh, und die eine Horde von Empörern so schändlich mißbraucht. Soldaten! öffnet die Augen vor dem Abgrunde, der sich vor Euren Füßen aufthut; Alles steht auf dem Spiele, die Grundfesten der bürgerlichen Ordnung sind erschüttert, das Besitzthum, Moral und Religion mit Untergang bedroht, Alles, was dem Menschen heilig und theuer ist, was die Reiche gründet und erhält, will man vernichten — das, und nicht die Freiheit ist der Zweck jener Aufwiegler, die Euch mit in die Schande und das Verderben reißen wollen. Soldaten! In Eurer Hand liegt der Schutz des Thrones und mit ihm die Erhaltung des Reiches. Möge Gottes Gnade mir gestatten, den Tag zu erleben, wo man sagen wird: „Die Armee hat Oesterreich gerettet,“ dann, erst dann wird der 6. und 7. Oktober dieses unheilswängeren Jahres geföhnt sein und in Vergessenheit sinken, dann reicht Euch die Armee von Italien, die jetzt die Grenzmarken der Monarchie gegen ängere Feinde schützt, die Bruderhand. Radetzky, Feldmarschall.“

Ein zweiter Armeebefehl, Hauptquartier Mailand, den 18. Oktober 1848, lautet wie folgt:

„Soldaten! Ich habe Euch den Aufruf bekannt gemacht, den ich an die Garnison von Wien erließ. Ihr werdet daraus ersehen haben, daß das Grenadier-Bataillon Richter im Kaufsch seine Pflicht vergaß, den

Gehorsam verweigerte und auf seine Kameraden feuerte. Es ist mir die Nachricht zugekommen, daß dieses Bataillon reumüthig zu dieser Pflicht zurückgekehrt und, damit es seine Reue durch die That beweisen könne, den Kommandirenden gebeten habe, es an die Spitze der ersten Sturmkolonne zu stellen. Soldaten! ich habe Euch mit der Schmach dieses Bataillons bekannt gemacht, ich muß Euch auch seine Reue mittheilen. Ich bin dieses insbesondere der Ehre der tapferen Regimenter schuldig, aus denen dieses Bataillon zusammengesetzt war. Zwar kann diese späte Reue die Mackel nicht auslöschen, die dieses Bataillon seiner Fahne, die auch die Cure ist, aufgedrückt hat, aber doch thut es einem alten Soldatenherzen wohl, zu hören, daß die Pflicht über den Verrath die Oberhand gewonnen. Bald hoffe ich, Euch sagen zu können, daß Eure unglücklichen und verführten Kameraden ihren Fehler mit Blut und Leben ausgelöscht haben.

(gez.) Graf Radetzky, Feldmarschall.“

Das Grenadier-Bataillon Richter bestand aus Soldaten der Regimenter Hrabowsky, Hefz und G. H. Baden.

Mantua, 20. Oktober. Die Offiziere der hier befindlichen ungarischen Regimenter haben nachstehende Erklärung veröffentlicht: „Die vom Agitator Ludwig Kossuth an die ungarischen Krieger geschleuberten verätherischen Aufforderungen werden hier mit voller Indignation und mit dem Besiggen zurückgewiesen, daß wir, obwohl mit Leib und Seele Ungarn, für unser Vaterland den gesammten und mächtigen österreichischen Staat halten, und daß wir als Soldaten unserem Eide stets treu verbleiben und niemals eine die pragmatische Sanction verletzende wahnsinnige und nur zum Sturze der Einheit hinarbeitende Partei unterstützen werden. Das Offizier-Corps der ungarischen Regimenter in Mantua. Den 20. Oktober 1848.“

Dänemark.

Man schreibt aus Kopenhagen, daß die große Mehrheit der Dänen auf sofortige Besetzung von Schleswig dringe. Das jetzige Ministerium habe seine frühere Popularität verloren wegen seiner Liebe zum Frieden! „Ein Ministerium, welches sich nicht die Aufgabe stellte, Schleswig unter allen Umständen und mit allen zu Gebot stehenden Mitteln Dänemark zu erhalten, würde hier keine 24 Stunden Bestand haben.“ Das ministerielle „Frädeländel“ behauptet ebenfalls das Recht zu jener Besetzung, rath aber an, bis zum Frühjahr zu warten, um die Flotte benutzen zu können. Unter diesen Umständen ist es für Deutschland hohe Zeit, die Frist des Waffenstillstandes zu benutzen. In Norddeutschland gibt sich das Verlangen kund, sogleich in allen Häfen der Ostsee Kanonenböde und kleine Kriegsfahrzeuge zu bauen, unter deren Schutze, ehe das Eis in den russischen Häfen aufgeht, ein deutsches Landungssheer in 10 bis 12 Stunden von der pommerschen Küste nach Seeland übersetzen kann. (D. 3.)

Die Adresse an Se. Majestät den König, welche bereits über 200 Unterschriften erhalten hat, liegt in der Ministerial-Schule, Mönchenstraße No. 438, noch bis zum Donnerstag Mittag aus.

Missionskunde am Donnerstag den 2ten November, Nachmittags 5 Uhr, in der St. Petrikirche. Herr Prediger Palmié.

Zum Reformationsgottesdienst in der Aula des Gymnasiums am 1sten November, Mittwochs, Abends 5 Uhr, ladet ergebenst ein der Pfarrer Bengel.

Concert-Anzeige.

Unter gefälliger Leitung des Herrn Musik-Direktor Edwe und unter Mitwirkung geschätzter Dilettanten wird die Unterzeichnete am Donnerstag den 2ten November im Saale des Schützenhauses, Abends 6 Uhr, ein Instrumental- und Vocal-Concert zu geben die Ehre haben, wozu ein muskliebendes Publikum Stettins ergebenst einladet die erblindete Sängerin Auguste Knorr.

Billets zu 15 Sgr. sind in den Buchhandlungen der Herren Sauer und Gutberlet und im Hotel de Prusse zu haben. Das Nähere besagen die Programme.

Sicherheits-Polizei.

Stadtbrief.

Nachstehend signalisirte Personen: a) der Tischlergeselle Johann Friedrich Ernst Kofinski, b) der Schneidergeselle, auch Arbeitsmann, Carl Friedrich Wilhelm Gräfrath, gegen welche die Kriminal-Untersuchung wegen Beschädigung fremden Eigenthums bei dem am 1sten Mai d. J. hier selbst stattgehabten Tumult eingeleitet und in Folge dessen, gegen den Kofinski auf 1 Jahr und gegen den Gräfrath auf 3 Jahr Zuchthausstrafe in erster Instanz erkannt ist, sind am 28ten d. Mts. Abends 6 Uhr aus der Kustodie entsprungen. Sämmtliche Civil- und Militär-Behörden des In- und Auslandes werden daher dienstergebenst ersucht, auf dieselben zu vigiliren, sie im Betretungsfalle festzunehmen und mit allen bei sich führenden Sachen und Geldern mittelst Transports gefesselt unter sicherem Geleite an die unterzeichnete Behörde abzuliefern. Stettin, den 29ten Oktober 1848.

Königliches Land- und Stadtgericht. Kriminal-Deputation.

Signallement des Tischlergesellen Kofinski, Familien-Namen, Kofinski; Vornamen, Johann Friedrich

Ernst; Geburtsort, Schlochau in Westpreußen; Aufenthaltsort, zuletzt Stettin; Religion, evangelisch; Alter, 23 Jahre; Größe, 5 Fuß 3 Zoll; Haare, blond; Stirn, frei, flach; Augenbraunen, hellbraun; Augen, graublau; Nase, länglich, spiz; Mund, gewöhnlich; Bart, blond, Schnurr- und Kinndart; Zähne, vollständig; Kinn, rund; Gesichtsbildung, länglich; Gesichtsfarbe, gesund; Gestalt, schmächtig; Sprache, deutsch, auch etwas polnisch. Besondere Kennzeichen: Bruchschaden.

Bekleidung: ein leinenes Hemde, ein Paar wollene Strümpfe, ein Paar Stiefeln, ein Paar blau u. grau gestreifte Drillhosen, ein schwarzes Halstuch, eine helle Weste, ein blauer Tuchrock mit violett-federnem Kragen.

Signallement des Schneidergesellen, auch Arbeitsmann Gräfrath. Familien-Namen, Gräfrath; Vornamen, Carl Friedrich Wilhelm; Geburtsort, Bölschendorf bei Stettin; Aufenthaltsort, Stettin; Religion, evangelisch; Alter, 24 Jahre; Größe, 5 Fuß 5 Zoll; Haare, schwarz; Stirn, breit; Augenbraunen, schwarz; Augen, grau; Nase, länglich; Mund, gewöhnlich; Bart, im Entstehen; Zähne, vorne vollständig; Kinn, rund; Gesichtsbildung, länglich; Gesichtsfarbe, blaß; Gestalt, schmächtig; Sprache, deutsch. Besondere Kennzeichen: frecher Blick, Armbruch am rechten Arme.

Bekleidung: ein Hemde, ein Paar Stiefeln, ein Paar blau und grau gestreifte Drillhosen, ein Paar graue engl. Lederhosen, einen braunen Flausrock, ein schwarzes Camlot-Tuch, eine schwarze Camlotmütze ohne Schirm.

Todesfälle.

Das schnelle Hinscheiden unserer geliebten vor 8 Tagen gebornen Tochter Gertrud zeigen wir, statt besonderer Meldung, hierdurch ergebenst an. Schadeleben, den 29ten Oktober 1848. Schulz nebst Frau.

Gerichtliche Vorladungen.

Offener Arrest.

Nachdem über das Vermögen des Kaufmanns Gustav Franz Biedermann hier selbst wegen dessen Unzulänglichkeit zur Befriedigung der Gläubiger der Concurs von uns heute eröffnet worden, so werden alle die-

jenigen, welche von dem Gemeinschuldner entweder an Geldern, Effekten, Sachen oder Briefschaften hinter sich haben, hierdurch aufgefordert, solche Gelder oder Sachen, mit Vorbehalt ihrer daran habenden Rechte, in unser gerichtliches Depositorium abzuliefern.

Sollte dieser Anweisung zuwider dennoch dem Gemeinschuldner etwas gezahlt oder ausgeantwortet werden, so wird folches für nicht geschehen erachtet und die Gelder oder Sachen zum Besten der Masse nochmals beigetrieben werden.

Wenn aber ein Inhaber solcher Gelder oder Sachen dieselben verschweigen oder zurückhalten sollte, so wird er noch außerdem aller seiner daran habenden Unterpfind- und anderer Rechte für verlustig erklärt werden. Pyritz, den 14ten Oktober 1848.

Königliches Land- und Stadtgericht.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Wollene Mittel- u. Kleiderzeuge empfiehl C. A. RUDOLPHY

Um schnell zu räumen, verkaufe ich büchene Kloben zu 7 Thlr. pro Klastier.

A. Grünke, Schiffbaukasten No. 7.

Frische Cocus-Nüsse mit Milch sind billigst zu haben bei

Jahnke & Fischer, Bollwerk- und Fischerstraßen-Ecke No. 1096.

Ein Arbeits-Pferd steht zum Verkauf große Klastadie No. 220.

Vermietungen.

Eine Parterrestube zu vermieten n. Domstraße No. 686 beim Kohlmarkt.

Klastadie No. 196 ist zum 1sten November eine freundliche Stube mit Möbeln zu vermieten.

